



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Jakob-Kaiser-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,
Silke Klaproth-Förster, Simon Oerding
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Hannover, 27. Januar 2012

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

in meiner ersten Persönlichen Erklärung im Jahr 2012 möchte ich zunächst mit einem positiven Aspekt beginnen und natürlich diesen mit dem Wunsch verbinden, dass wir uns auch im Jahr 2012 gesund, munter und fröhlich auf die eine oder andere Weise begegnen:

1. Rio plus 20

Im Juni wird in Rio die große Nachfolgekonferenz des Rio-Erdgipfels 1992 stattfinden. Die Staatschefs dieser Welt werden eine Bestandsanalyse vornehmen, inwieweit der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt worden ist, und welche notwendigen Schritte künftig erforderlich sein werden. Da ich seit langer Zeit an diesem Thema arbeite, werde ich voraussichtlich die SPD-Bundestagsfraktion in der deutschen Delegation in Rio vertreten. Ich habe mir in diesem Zusammenhang vorgenommen, Schülerinnen und Schüler direkt an diesem Prozess zu beteiligen. Zurzeit besuche ich deshalb zehn Schulklassen im Wahlkreis, stelle meine Arbeit vor und lade sie zum Mitmachen ein. Sie sollen bis April fünf Themenschwerpunkte erarbeiten, die sie mir in einen virtuellen Rucksack nach Rio mitgeben möchten. Darüber hinaus sollen sie ein Projekt entwickeln, mit dem sie dem Motto „Global denken - lokal handeln“ parallel zum Weltgipfel in ihrer Heimatstadt ein Gesicht geben. Im April/Mai werde ich mit den Klassen jeweils ihre Zwischenergebnisse erörtern, um dann nach der Konferenz in Rio eine SchülerInnenkonferenz zu veranstalten, in der wir gemeinsam die Ergebnisse der Konferenz mit unseren Vorstellungen vergleichen können und weitere Schlussfolgerungen vor Ort ziehen. Die ersten Besuche in den Schulen waren sehr beeindruckend und ermutigend.

2. Die Causa Wulff

In diesen Tagen kann man zur Causa Wulff nicht schweigen – zumal inzwischen der Fall von jeder Besuchergruppe aufgegriffen wird. Ich bedauere die Entwicklung außerordentlich, weil wieder einmal das Vertrauen in die gesamte Politik erschüttert wird. Über einige in den Medien veröffentlichte Artikel wird man sicher trefflich streiten können. Es ist aber vor allem der Umgang des Bundespräsidenten und früheren Ministerpräsidenten mit den Vorwürfen, der nach meiner Einschätzung zu der aktuellen Situation geführt hat. Es ist bezeichnend, wenn Christian Wulff die



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Klage der SPD vor dem Staatsgerichtshof begrüßt, um Aufklärung zu erreichen. Er hat nach meiner Auffassung die Pflicht, eine entsprechende Klage überflüssig zu machen und für lückenlose Aufklärung zu sorgen. Ich sehe nicht, wie er dem Amt des Bundespräsidenten künftig gerecht werden will und bin froh, bei der letzten Bundesversammlung Joachim Gauck meine Stimme in allen drei Wahlgängen gegeben zu haben.

3. Biopatente

Ich habe mich sehr gefreut, dass es nun gelungen ist, parteiübergreifend einen Antrag in den Bundestag einbringen zu können, der die Überarbeitung des nationalen und internationalen Patentrechts vorsieht, um künftig die Patentierung von Pflanzen, Tieren und konventionellen Züchtungsverfahren zu untersagen. Der Fall „Brokkoli“ hat im vergangenen Jahr für Schlagzeilen gesorgt. Auch die HAZ hat in dieser Woche im Wirtschaftsteil berichtet. Die Anträge bei den Patentämtern gehen immer weiter, so dass dieses parteiübergreifende Signal ganz wichtig ist. Ich bin stolz und froh, dass nun jahrelange Arbeit Früchte trägt, auch wenn der Weg zum wirklichen internationalen Durchbruch noch weit ist.

4. Afghanistan

Gestern hat der Bundestag die Verlängerung des Afghanistan-Mandats beschlossen. Wie in den letzten Abstimmungen, habe ich erneut im Rahmen der Geschäftsordnung in einer Erklärung meine Zustimmung erläutert und zugleich die Defizite des Beschlusses aufgezeigt. Der Wortlaut der Erklärung lautet:

Persönliche Erklärung nach § 31 GO zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt 2011 (2011) vom 12. Oktober 2011 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“, Drucksache 17/8166 vom 14.12.2011, TOP 7 am 26.01.2012 Ich stimme dem Antrag der Bundesregierung aus folgenden zwei Gründen zu: In ihrem Antrag zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz in Afghanistan hat die Bundesregierung zahlreiche Forderungen der SPD übernommen. Das Mandat leitet den von der SPD seit langem geforderten Abzug der deutschen Truppen in Afghanistan ein. Die Reduzierung des Bundeswehkontingents auf 4.900 und schließlich – als Zielvorgabe in der Begründung des Antrags - im Verlauf des Jahres 2012 auf 4.400 Soldatinnen und Soldaten entspricht einer der Kernforderungen der SPD, unsere Truppenstärke kontinuierlich zu reduzieren mit dem Ziel der vollständigen Verantwortungsübergabe in die Hände der afghanischen Sicherheitskräfte bis 2014. Einige NGOs, die sich seit vielen Jahren in Afghanistan engagieren und daher die Lage der Zivilgesellschaft und im Besonderen der Frauen und Mädchen kennen, haben in einem Gespräch mit Abgeordneten vor einiger Zeit einen stufenweisen, geordneten Abzug der Truppen empfohlen. Sie befürchten bei



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

einem sofortigen Rückzug – und dieser Einschätzung schließe ich mich an – eine Erhöhung der Gewalt, die besonders diejenigen Bevölkerungsgruppen trifft, die am Anfälligsten sind: Frauen, Kinder und Minderheiten. Zudem sähen sie bei einem sofortigen Abzug keine Möglichkeit, sich auf die veränderte Lage einzurichten. Ich habe allerdings folgende Bedenken: Der Antrag beschreibt die zivil-militärische Zusammenarbeit als einen wichtigen Teil des Engagements der deutschen Seite. Viele NGOs wollen - auch aus Sicherheitsgründen - nicht mit der Bundeswehr kooperieren. Durch das vom Entwicklungsministerium verfügte Kooperationsgebot für in Afghanistan tätige NGOs, die durch deutsche Finanzmittel unterstützt werden wollen, geht den Afghanen schon seit zwei Jahren wichtige Unterstützung verloren. Gleichzeitig wird auf die im „Fortschrittsbericht Afghanistan“ vom Dezember 2011 (S. 5) erwähnte Umstellung bei den PRTs (z.B. in Faizabad ab Dez. 2011) auf eine zivile Leitung und die daraus erwachsenden Konsequenzen nicht eingegangen.

Zudem geht der Antrag im Begründungsteil nur sehr geringfügig auf die sich aus meiner Sicht seit 2007 deutlich verschlechternde Sicherheits- und Menschenrechtslage ein. Es fehlen Hinweise für die notwendigen Bedingungen eines zivilen Wiederaufbaus und ein verstärktes ziviles Engagement in den kommenden Jahren. Er beschreibt also keinen wirklichen und richtungsweisenden Wechsel der Strategie in Afghanistan und legt auch kein Konzept für das politische Handeln nach 2013/2014 vor. Der Antrag lässt offen, wie die Strategie im nächsten Jahr gestaltet sein wird. Die bisherige militärische Strategie – eine offensive Aufstandsbekämpfung sowie das Partnering - erachte ich nicht für die richtige Vorgehensweise für die verbleibenden zwei Jahre. Dies betrifft auch den in Fachkreisen diskutierten eventuellen weiteren Verbleib nach 2014 von Truppen und Truppenteilen der Bundeswehr in Afghanistan, die z.B. im Bereich der Ausbildung und Beratung der ANA eingesetzt werden sollen. Obwohl der Antrag den Abzug der Truppen bis 2014 festschreibt, stellt Verteidigungsminister de Maizière in den letzten Tagen diesen Abzugstermin in Frage. Der Antrag fokussiert vor allem die aktuelle militärische Truppenreduzierung, wobei die Stärkung der Zivilgesellschaft, also der entwicklungspolitische und menschenrechtliche Aufbau, essentiell für die kommenden Jahre sein wird. Besonders der Ausbau und die Festigung der Frauenrechte und des Gesundheitsbereichs sowie die Rechtsstaatlichkeit bleiben völlig unerwähnt. Neben der Sicherheit für unsere Soldaten muss die afghanische Bevölkerung im Mittelpunkt des deutschen Engagements stehen. Hinsichtlich der Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte vermissem ich im Antrag, die Bindung an das Recht der afghanischen Polizei im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit zu fokussieren. Auch fehlt mir ein Hinweis auf die Wichtigkeit der Qualität der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Der Antrag lässt außerdem offen, ob am Ende des Einsatzes eine wissenschaftliche Evaluierung über die Fortschritte und die Entwicklungen durchgeführt wird. Dies wäre dringend erforderlich, um die begangenen Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Der Antrag verliert kein Wort über die Situation derjenigen Afghaninnen und Afghanen, die mit der Bundeswehr oder anderen deutschen Einrichtungen – auch NGOs – kooperiert haben. Im Falle einer steigenden Gefährdung dieses



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Personenkreises muss eine Aufnahme in Deutschland gewährleistet werden. Dies gilt auch für Afghaninnen und Afghanen, die nach Afghanistan zurück gegangen sind, um ihr Land aufzubauen und wegen der langen Abwesenheit aus Deutschland ihren Aufenthaltstitel verloren haben.

Über Rückmeldungen und Reaktionen freue ich mich!

Seien Sie/seid herzlich begrüßt!

Ihr/Euer Matthias Miersch